



**Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**  
im Rat der Stadt Porta Westfalica  
[info@gruene-porta-westfalica.de](mailto:info@gruene-porta-westfalica.de)

## **Haushaltsrede - Fraktion Bündnis 90/Die Grünen am 19.12.2022**

Sehr geehrter Frau Bürgermeisterin,  
sehr geehrte Damen und Herren,

der Haushaltsplan unserer Stadt weist für das Jahr 2023 ein positives Ergebnis, also einen Gewinn, in Höhe von rund 129.000 € aus. Voraussichtlich wird sich dieser Gewinn noch um rund 575.000 € verbessern durch eine Absenkung der Kreisumlage, die die Fraktionen von CDU und Grünen heute im Kreistag beschließen wollen. Noch vor wenigen Tagen hätte wohl niemand hier im Saal vermutet, dass unser Kämmerer für das kommende Jahr einen Haushaltsplan mit einem positiven Jahresergebnis vorlegen kann. Das ist unter den vorherrschenden äußeren Bedingungen und auch im Vergleich zu dem Ergebnis, das wir noch bei der Haushaltseinbringung im September erwartet haben, sicherlich bemerkenswert und erfreulich.

Und trotzdem bleibt die Haushaltslage angespannt und schwierig. Denn ohne die außerordentlichen Erträge, die die Kommunen für die Isolation der Mehraufwendungen infolge der Covid-Pandemie und des Krieges in der Ukraine ansetzen dürfen, hätte das Ergebnis der Haushaltsplanung mit minus 3,9 Mio. Euro einen Verlust ausgewiesen. Und wir dürfen nicht vergessen, dass die Isolation der Mehraufwendungen lediglich ein Sonderposten in der Bilanz ist, den wir früher oder später ergebniswirksam abschreiben müssen. Damit werden diese Aufwendungen nur auf später verschoben, also in einigen Jahren unser Eigenkapital mindern.

Doch fangen wir vorne an: Nach den Jahren der Haushaltssanierung, die ein gutes Jahrzehnt andauert haben, hatte Porta Westfalica wieder ein finanzielles Gleichgewicht erreicht. Das Eigenkapital unserer Stadt liegt seitdem wieder deutlich im positiven Bereich und noch im letzten Jahr waren die Haushaltsprognosen für die kommenden Jahre gut. So hatte unser Kämmerer durchgehend Haushaltsüberschüsse im Bereich zwischen 1,3 und 1,9 Millionen Euro für die Jahre 2023 - 2025 erwartet.

Bei der Haushaltseinbringung im September dieses Jahres ergab sich aber ein anderes, für viele Ratsmitglieder überraschendes und besorgniserregendes Bild: Die geplanten Ergebnisse des städtischen Haushalts lagen nun deutlich im negativen Bereich, so wurde für 2023 ein Fehlbedarf in Höhe von mehr als 3,5 Millionen Euro erwartet und ebenso Verluste in ähnlicher Höhe für die folgenden drei Jahre. Die Ursachen dafür kommen fast durchgehend von außen auf uns, die Kommune Porta Westfalica, zu. Folgende Einflussfaktoren sind hier vor allem zu nennen:

- Die negativen Auswirkungen der Covid-Pandemie sind immer noch nicht vollständig überwunden. Ein Ergebnis davon sind gestörte internationale Lieferketten und knappe Grundstoffe und Güter, die zu einem deutlichen Preisanstieg geführt haben. Dies führt beispielsweise zu höheren Kosten für die städtischen Investitionsmaßnahmen und hat einen negativen Einfluss auf die Gewerbesteuereinnahmen.
- Der Krieg, den Putin in der Ukraine führt, hat bei uns in Deutschland unter anderem zur vorherrschenden Energieknappheit und zu deutlich gestiegenen Energiekosten geführt. Außerdem hat die Zahl der schutzsuchenden Menschen in Deutschland dadurch stark zugenommen.
- Das gestiegene Preisniveau, also die Inflation, veranlasst die Zentralbanken zur Anhebung der Leitzinsen, was auch die städtischen Kreditkosten nach oben treibt. Immerhin wirkt es sich positiv aus, dass wir die städtische Verschuldung in den letzten Jahren mehr als halbieren konnten.
- Auch das OVG-Urteil war mit seinen Auswirkungen auf die Berechnung der Abwassergebühren zunächst eine große Herausforderung für unseren Stadt. Und es war ein ungelöstes Problem, ob und wie der Rat die geringeren Einnahmen im Haushalt kompensieren sollte. Nun wissen wir, dass es einen Spielraum gibt und wir diesen nutzen wollen und werden. Darauf komme ich später noch zurück.
- Nicht zuletzt hatte die Kreisverwaltung ursprünglich eine Erhöhung der Kreisumlage vorgesehen. Daher möchte ich an dieser Stelle den Kreistagsfraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen dafür danken, dass sie letzte Woche eine Senkung der Kreisumlage auf 35,5 % beantragt haben.

Nun sind wir nicht die einzige Kommune in Deutschland, die unter diesen negativen externen Einflussfaktoren leidet. Und so müssen wir darauf setzen, dass uns entweder das Land NRW oder der Bund bei der Finanzierung dieser Herausforderungen in Zukunft stärker unter die Arme greift. Oder – und das wäre noch wünschenswerter – dass sich vieles wieder zum Positiven wendet, die Weltwirtschaft die Folgen der Covid-Krise also hinter sich lässt und der schreckliche Krieg in der Ukraine ein Ende findet.

Doch eines ist klar: Die Energiepreise werden nicht wieder so niedrig werden wie vor dem Krieg und auch die Zinsen und die Inflationsrate dürften sich vorerst auf höherem Niveau einpendeln. Dazu kommen in den nächsten Jahren immer höhere Kosten durch die Folgen der Klimakrise. Außerdem bleibt zu erwähnen, dass unsere Stadt immer noch mit den Folgen eines Sanierungsstaus zu kämpfen hat. Uns bleibt also nichts weiter übrig, als weiterhin sehr gründlich darüber nachzudenken, was sich unsere Stadt in Zukunft noch leisten kann und möchte.

In den Fokus der Politik sind zuletzt immer mehr die Investitionen gerückt. Es reicht jedoch nicht aus, die Investitionen lediglich auf die Realisierbarkeit im nächsten Haushaltsjahr hin zu prüfen. Das ist ein erster Schritt. Aber, meine Damen und Herren, ist das nicht auch eine Art Zufallsauslese?

Wichtiger wäre doch eine echte politische Priorisierung aller Investitionsmaßnahmen nach der Notwendigkeit und dem Einfluss auf zukünftige Haushaltsergebnisse. Eine Möglichkeit wäre eine Prüfung darauf hin, ob unsere Investitionen in eine der folgenden Kategorien fallen:

- A. Investitionen, die zwingend notwendig sind, z. B. aufgrund gesetzlicher Anforderungen oder als Ersatz von unverzichtbarer Infrastruktur.
- B. Investitionen, die sich finanziell rechnen, sich also mittelfristig positiv auf die städtischen Einnahmen und/oder Ausgaben auswirken.
- C. Investitionen, die unsere Stadt benötigt, um in Zukunft richtig aufgestellt zu sein im Hinblick auf die erwarteten Anforderungen. Als Stichworte sind hier beispielhaft zu nennen: Anpassung an die Folgen des Klimawandels, demographischer Wandel, Ausbau der Digitalisierung, Energiesicherheit, bessere Bildungschancen und Wirtschaftsförderung.

Die Investitionsschwerpunkte unserer Stadt könnte man demnach so einteilen:

1. **Schulen:** Investition in die Sanierung und die Neuerrichtung von Schulgebäuden fallen in alle drei Kategorien. Sie sind unverzichtbarer Teil der Infrastruktur und eine energetische Sanierung reduziert die städtischen Energiekosten.

Sehr bedauerlich ist allerdings, dass die Mehrheit hier im Stadtrat offensichtlich einen geringen Wert auf die Kategorie C legt. Wir hatten die Chance, beim Neubau der Grundschule in Lerbeck eine moderne Clusterschule zu errichten und damit bis zu 100 Schülerinnen und Schülern pro Jahrgang über viele Jahre und Jahrzehnte hinweg ideale Bildungschancen und ein Lernumfeld, das den aktuellen pädagogischen

Anforderungen entspricht, zu bieten. Zudem wäre eine zeitgemäße Schule auch für viele Lehrerinnen und Lehrer attraktiv gewesen, was uns in Zeiten des Lehrkräftemangels einen Vorteil verschafft hätte.

Wir von Bündnis 90/Die Grünen sind sehr enttäuscht darüber, dass der Rat diese Chance nicht ergriffen hat und diesen Vorteilen für die Bildung unserer Kinder so wenig Wert beimisst. Liebe Fraktionen von CDU und SPD, die günstigste Variante ist nicht immer die beste Variante aus Preis-Leistungs-Sicht!

2. **Hoch- und Tiefbaumaßnahmen:** Hier muss sicherlich jede Maßnahme als Einzelfall betrachtet werden. Sanierungsmaßnahmen wie die Eisberger Weserbrücke sind zwingend notwendig. Der Bau neuer Radwege ist ebenfalls notwendig im Hinblick auf eine zukunftsweisende Verkehrsinfrastruktur.

Grundsätzlich spart uns aber jeder Kubikmeter umbauter Raum und jeder Quadratmeter asphaltierte Straße, den wir nicht benötigen, langfristig Geld ein. Ebenso kostet uns jedes Gewerbegebiet, das neu zu erschließen ist, zunächst einmal mehrere Millionen Euro. Auch wenn hierdurch längerfristig mit neuen Gewerbesteuererinnahmen zu rechnen ist, sind neue Gewerbegebiete kein Allheilmittel für die Zukunft. Schließlich geht damit auch jedes Mal eine weitere Belastung unserer Bürgerinnen und Bürger einher. Besonders in den Stadtteilen Holtrup und Vennebeck sowie in Teilen von Lerbeck ist die Belastung schon sehr groß, teils oberhalb einer zumutbaren Grenze.

Eine Alternative zu neuen Gewerbegebieten könnte in Zukunft der Zubau von regenerativen Energieerzeugungsanlagen sein, denn auch hieraus resultieren Gewerbesteuererinnahmen. Die neuen Möglichkeiten, die die Bundesregierung geschaffen hat, um zum Beispiel in Autobahnnähe Freiflächen-Photovoltaikanlagen zu errichten, bieten neue Chancen für unsere Stadt.

3. **Feuerwehr:** Kein Zweifel, die Feuerwehr ist unverzichtbarer Bestandteil unserer Stadt und somit sind die notwendigen Investitionen auch alternativlos. Durch die Zusammenlegung von Feuerwehrgerätehäusern und den Neubau moderner Gebäude leisten wir zudem Beiträge zu Energieeinsparungen und zur Zukunftsfähigkeit der Löschgruppen.

4. **Klimaschutz:** Die Investitionen in Photovoltaikanlagen, Gebäudeleittechnik und andere Energiesparmaßnahmen fallen ebenfalls in zwei Kategorien: Sie sorgen für neue städtische Einnahmen bzw. geringere Ausgaben für Energie. Und sie sorgen dafür, dass Energieengpässe verschwinden und tragen damit zur Zukunftsfähigkeit unserer Stadt bei.
5. Explizit erwähnen möchte ich das **Badezentrum** bzw. unser Hallenbad. Wir Ratsmitglieder sind uns hoffentlich einig, dass wir das Badezentrum für einen unverzichtbaren Bestandteil der städtischen Infrastruktur und der Daseinsvorsorge halten. Die Energiekosten werden wir aber dauerhaft so nicht mehr stemmen können und damit müssen wir die energetische Sanierung des Hallenbades auf unserer Prioritätenliste weit nach oben rücken.

In keine der drei genannten Kategorien fällt allerdings die Erneuerung der Skateanlage Platte Weide. Umso unverständlicher ist es, wenn eine Fraktion den Neubau der Anlage auf der Prioritätenliste ganz nach oben schieben und dabei vollständig auf öffentliche Fördermittel verzichten will. Für unsere Fraktion wäre die Absenkung der Mindestförderquote von 90 % auf 75 % ein vertretbarer Kompromiss gewesen. Mit etwas mehr Geduld und weniger Zeitdruck hätten wir die Skateanlage realisieren können, sobald sich eine günstige Förderkulisse ergeben hätte, und dabei auch den Haushalt im Blick behalten.

Kommen wir nun zu den Abwassergebühren. Hierzu sei noch einmal klar gesagt: Wir von Bündnis 90/Die Grünen wollen keine Erhöhung der Gebühren, sondern konstante, gleichbleibende Gebühren und damit eine Stetigkeit für die Bürgerinnen und Bürger. Im gleichen Atemzug muss aber auch gesagt werden, dass unserem Haushalt zurzeit jeglicher Spielraum für eine Senkung der Abwassergebühren fehlt. Zurecht hat das Oberlandesgericht lediglich die Höhe der kalkulatorischen Zinsen kritisiert, den Kommunen nicht aber den Spielraum für eine angemessene Gebührenkalkulation genommen.

In vielen Städten werden 2023 die Abwassergebühren angehoben, teils deutlich über das Niveau von Porta Westfalica hinausgehend (z. B. Wasserverband Nordschaumburg). In Zeiten dermaßen hoher Inflation, wie sie zurzeit in Deutschland vorherrschen, steigen auch die Kosten der Städte für die Abwasserentsorgung und -reinigung deutlich. Der Vergleich zu anderen Städten zeigt, dass wir in Porta Westfalica mit konstanten Abwassergebühren zu den Positivbeispielen gehören.

Wer hier im Rat der Meinung ist, die Stadt Porta Westfalica könne die Abwassergebühren in der aktuell schwierigen Situation deutlich senken und unseren Haushalt so mit mehr als zwei Millionen Euro pro Jahr belasten – also mit über 10 Millionen Euro allein in den nächsten fünf Jahren – und wer dabei nicht seriös erklären kann, wie dieses Haushaltsdefizit kompensiert werden soll, der ist entweder unehrlich oder er nimmt eine zusätzliche Verschuldung der Stadt auf Kosten der Steuerzahler von Morgen fahrlässig in Kauf. Für immer wieder neue Geschenke – stets mit Blick auf die nächste Kommunalwahl in knapp drei Jahren – gibt unser Haushalt keinen, aber auch wirklich gar keinen Spielraum her in der aktuellen Situation!

Die SPD-Fraktion hat immerhin schon angedeutet, dass sie im Gegenzug für eine Senkung der Abwassergebühren als Ultima Ratio eine Anhebung der Grundsteuern besser fände. Allen Fraktionen und Ratsmitgliedern, die eine Senkung der Abwassergebühren fordern, sagen wir: Reicht gerne einen Antrag mit realistischen Kompensationsvorschlägen ein, dann können wir über die Vor- und Nachteile öffentlich diskutieren. Vorab sei aber schon gesagt, dass eine Anhebung der Grundsteuer B vor allem die Großverbraucher in der Industrie entlasten und die Bürgerinnen und Bürger, die die Grundsteuer B bezahlen, stärker belasten würde. Beim Wasserverbrauch ist es den Bürgern außerdem möglich, Einsparungen bei der Nutzung zu erzielen, während es für eine angehobene Grundsteuer keine realistischen Entlastungsmöglichkeiten gibt. Daher möchte ich daran zweifeln, dass eine Grundsteueranhebung wirklich besser und fairer für die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger in Porta Westfalica wäre als eine Beibehaltung der Abwassergebühren auf dem aktuellen Niveau.

Für erwähnenswert halte ich es noch, dass in den letzten Monaten die Stimmung und der Umgang untereinander hier im Stadtrat wieder besser geworden sind. Besonders die Kommunikation zwischen der Bürgermeisterin und den politischen Fraktionen hat sich deutlich verbessert. Mein großer Dank geht daher an unsere Bürgermeisterin Anke Grotjohann für ihren Einsatz. In der schwierigen Situation, in der sich unsere Stadt nach dem Rücktritt der ehemaligen Bürgermeisterin zu Jahresbeginn befunden hat, hast Du, liebe Anke, eine große Verantwortung übernommen und nach deiner Wahl zur Bürgermeisterin viele gute und richtige Schritte eingeleitet. Hierzu gehört auch, dass die Stellen Klimaschutzmanagement, Klimaschutzrealisierung und Umweltschutz nun bzw. bald wieder mit hervorragenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern besetzt sind. Herzlichen Dank dafür im Namen unserer gesamten Fraktion!

Außerdem möchten wir uns herzlich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadt für ihren unermüdlichen Einsatz in guten und in schwierigen Zeiten bedanken. Das gilt für

die gesamte Führungsmannschaft ebenso wie für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf der operativen Ebene. In einzelnen Bereich war die Belastung zuletzt außerordentlich groß, besonders erwähnen möchten wir den Allgemeinen Sozialen Dienst und unsere Kämmerei. Wir hoffen, dass alle die Zeit zwischen den Feiertagen dafür nutzen können, um die eigenen Akkus wieder aufzuladen.

Wir wünschen ein frohes und friedliches Weihnachtsfest sowie alles Gute und vor allem Gesundheit für das neue Jahr!

Porta Westfalica, 19.12.2022

Marc Weber

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
im Rat der Stadt Porta Westfalica